

(Fortf. folgt.)

liberalen (der linke Stand unter Laster's Einfluss) wegen Eintritts desselben in das Ministerium, woraus jedoch nichts wurde. Bei den Wahlen vom Jahre 1878 erhielt die nationalliberale Partei nur mehr 98 und 1881 47 Sitze. Das Centrum dagegen hatte von Wahlperiode zu Wahlperiode an Mitgliedern zugenommen. Am 3. März 1871 fanden die ersten Wahlen zum deutschen Reichstage statt; sofort nach Zusammentritt desselben am 21. März bildeten 67 katholische Abgeordnete hier eine „Fraktion des Centrums“. Das „im Frühjahr 1871“ erlassene Programm hob als die Hauptziele des Centrums hervor, einmal die Wahrung des verfassungsmäßigen Grundcharakters des Reiches, dann wollte dasselbe „das moralische und materielle Wohl aller Volksklassen nach Kräften fördern, für die bürgerliche und religiöse Freiheit aller Angehörigen des Reiches die verfassungsmäßige Feststellung von Garantien erstreben und insbesondere das Recht der Religionsgesellschaften gegen Eingriffe der Gesetzgebung schützen.“

Der unglückselige „Kulturkampf“, dessen Hauptträger die nationalliberale Partei war, zwang das Centrum, seine ganze Kraft vor allem und ausschließlich einzusetzen für den einen Programmpunkt, die bürgerliche und religiöse Freiheit. Immer und immer wieder aber klagten die Centrumsführer in den parlamentarischen Reden bei Kulturkampfgelegenheiten, dass die Regierung und ihre Parteien im Kampf gegen die Kirche alle Kräfte anspannten, statt mit der Kirche zusammen sich den so drängenden sozialen Aufgaben zu widmen. Die Neuwahlen vom 10. Januar 1874 verstärkten das Centrum im Reichstage von 62 auf 91 Mitglieder. Noch aber konnte das Centrum nicht an die Inangriffnahme der sozialen Aufgaben gehen, weil, wie Windthorst einem Freunde gegenüber u. A. mit Recht hervorhob, ein positives social-politisches Vorgehen des Centrums jetzt schon bei dem durchaus manchesterlichen Kurse, der sowohl Regierung als Parteien beherrschte, nicht bloß nutzlos und vergeblich sein, sondern auch zum Schaden der ersten und höchsten Aufgabe des Centrums, des Schutzes von Religion und Kirche, die Isolierung des Centrums nur noch verschärfen und stärken würde. Sobald aber in diesen Beziehungen die Lage besser sei, müsse sofort social-politisch vorgegangen werden, und er werde ganz gewiss mit dabei sein.

Das hat das Centrum denn auch gethan in der nächsten Legislaturperiode. Schon die Wahlaufnahme im Herbst 1876 enthielten bestimmte socialpolitische Forderungen. Das Jahr 1877 brachte den grundlegenden Antrag Galen, nachdem das Centrum in der Wahl auf 92 Mitglieder und 3 Hospitanten gestiegen war. Bei der Wahl von 1878 erreichte es die Zahl von 93 Mitgliedern und 10 Hospitanten und wurde damit die stärkste Partei im Reichstage. Als im Mai 1879 die neue „conservativ-christliche“ Majorität sich ein anderes Präsidium gab, wurde der Vorsitzende der Centrumsfraktion, Freiherr von Franckenstein erster Vizepräsident. Fürst Bismarck, der bisher alle anderen Parteien nach Belieben „an die Wand gedrückt“ hatte, gestand,

das Centrum sei der „unüberwindliche Thurm“, gegen den er vergebens ankämpfe. Das Socialistengezei wurde im neuen Reichstage zwar gegen das Centrum angenommen, aber auf anderen Gebieten wurde es jetzt ausschlaggebend. Dazu kam, daß die nach dem großen industriellen Krach von 1873 ausgebrochene wirtschaftliche Noth die Regierung zwang, sich von den manchesterlichen Theorien abzuwenden und die freihändlerische Handelspolitik zu verlassen. Jetzt war die Zeit gekommen, wo das Centrum sich der Verwirklichung seines zweiten Programmpunktes „das moralische und materielle Wohl aller Volksklassen zu fördern“, mit voller Hingabe widmen konnte. Es hat das gethan sowohl in Bezug auf den Arbeiterkampf, als auch auf die Arbeiterversicherung. Da die Motive des Socialistengezeis positive Maßregeln in Aussicht gestellt hatten, so durfte wohl erwartet werden, daß die nächste Session die diesbezügliche Vorlage bringen würde. Als diese Erwartung sich nicht erfüllte, brachte das Centrum sofort eine Interpellation bezüglich der Abänderung des Gastpflichtgesetzes ein.

Deutschland.

Berlin, 2. Januar.

*** Die Einberufung des preussischen Landtags** wird im Reichs- und Staatsanzeiger durch folgende Allerhöchste Verordnung bekannt gegeben:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc.

Verordnen gemäß Artikel 51 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 auf den Antrag des Staatsministeriums, was folgt:

Die beiden Häuser des Landtags der Monarchie, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, werden auf den 15. Januar 1895 in Unsere Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen.

Das Staatsministerium wird mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Neues Palais, den 30. December 1894.

(L. S.) Wilhelm.

von Voeltzgen. Freiherr von Lerpsch. W. Meier. W. Hoff. Freiherr von Schellendorf. von Köller. Freiherr von Marischall. Schönfeldt.

*** Der Staatssekretär Graf von Posadowski** hatte in seiner Etskade geäußert, der Marine-Verwaltung würde es am angenehmen sein, wenn sie nicht auf jährlich wechselnde Bewilligungen angewiesen wäre, und die Flotte würde sich besser stehen und es dankbar annehmen, wenn ihr vielmehr eine beständige Summe, als gefordert wird, gewährt würde, aber ein Finanz auf eine bestimmte Anzahl von Jahren, mit dem sie wirklich rechnen könne. Die offizielle Berl. Corr. bemerkt dazu, allerdings theilte die Marine-Verwaltung die Ansicht, daß der Flotte mit dem Uebergang zu einem derartigen System gebiete sei, aber es werde ihr solange schwer fallen, sich mit einer beständigen Summe zu begnügen, als das Programm von 1888 nicht durchgeführt sei. Dazu fehlten noch so und so viel Schiffe, deren Herstellung noch ungefähr 63 Millionen kosten werde. Sei

diese Lücke ausgefüllt, dann nehme die Marine-Verwaltung ein jährliches Finanzum.

*** Wie steht es mit den Handwerkerkammern?** Will die Regierung Handwerkerkammern errichten oder nicht? Der „Dannov. Cour.“ will darüber Folgendes gehört haben: „So groß die Bereitwilligkeit innerhalb der maßgebenden Kreise ist, in der Handwerkerfrage billigen Wünschen nach Möglichkeit entgegenzukommen, so weit gehen die Meinungen noch über das Wie auseinander. Bei einem Theile der Regierung scheint auch jetzt noch eine starke Abneigung gegen eine zwangsweise Organisation des Handwerks zu bestehen. Auf dieser Seite legt man das Schwergewicht auf die Erfüllung der gegebenen „Aufgabe“, sogenannte Handwerkerkammern zu errichten. Von der andern Seite macht man hingegen geltend, daß das Nächst- und Wichtigste die Bildung von Fachgenossenschaften zum Zweck der Hebung des Lebensniveaus sei, denn die Handwerkerkammern würden sich um diese Frage gar nicht so recht kümmern können. Ueberdies wolle ein Theil der Handwerker gar nicht in Handwerkerkammern vertreten sein. Er befürchtet, durch die Handwerkerkammern könnten die Innungsansprüche lahmgelagert und in vielen Fällen unterdrückt werden. Auch vor dem Kostenpunkt haben Manche Angst. Als der Hauptvertreter der Handwerkerkammern im Staatsministerium gilt Staatsminister v. Voeltzgen. Ihm ist es, gutem Vernehmen nach, in der letzten Staatsministerialtagung gelungen, mit seinem Wunsche durchzudringen, daß dem Bundesrath sobald als möglich ein Entwurf betreffend die Errichtung von Handwerkerkammern vorgelegt werde. — Wir werden sehen!

*** Die Frage einer Neuorganisation der Handwerkskammern** hat, wie die Berl. Pol. Nachr. bezeugt, neuerdings das Staatsministerium beschäftigt. Es soll sich jedoch bisher nicht um einen fertigen Gesetzentwurf, sondern nur um Grundzüge gehandelt haben, die demnächst den beteiligten Handwerkskammern und Körperschaften zur Begutachtung mitgeteilt werden sollen, ehe ein endgültiger Gesetzentwurf aufgestellt wird. Die ursprüngliche Absicht, die Frage für das ganze Reich gleichmäßig zu ordnen, scheint somit endgültig aufgegeben zu sein, wobei wohl der Widerspruch einzelner Bundesstaaten, die erst vor kurzem eine Neuordnung ihrer Handels- und Gewerbestellen vorgenommen haben, mitbestimmend gewesen sein dürfte.

*** Neuorganisation der allgemeinen Verwaltung in Preußen.** Die neuerdings wieder von der „Allg. Zeitg.“ gebrachte Mitteilung, daß eine Vereinfachung der allgemeinen Verwaltung geplant sei, wird von den officiellen Berl. Pol. Nachr. demontirt. Derselben schreiben: „In unterrichteten Kreisen war man von vornherein darüber nicht im Zweifel, daß, soweit die Verwaltung überhaupt an thätigkeitsmäßige Vorgänge anknüpft, es sich nur um ein Mißverständnis in Bezug auf Pläne handeln könne, welche auf einem einzelnen Gebiete der allgemeinen Landesverwaltung erörtert werden. Für die wasserwirtschaftliche Verwaltung nimmt der von einem Ministerialauschuß ausgearbeitete Entwurf eines Wassergesetzes eine Organisation in Aussicht, bei welcher Regierung und Regierungspräsident im Wesentlichen auscheiden und Landrath und Kreis-ausschuß unmittelbar dem Oberpräsidenten und dem Provinzialverwaltungsamt unterstehen sollen. Es wäre möglich, daß hieraus das Mißverständnis entstanden ist, als ob es sich um eine Neuorganisation der gesamten allgemeinen Landesverwaltung unter Abkündigung einer Instanz handelte. Seit den in der Mitte der 70er Jahre im Anschluß an den Faltigen Volkskulturgebietentwurf angestellten Erwägungen über die gänzliche oder doch theilweise Einziehung der Bezirksregierungen dürften aber Organisationspläne dieser Art nicht mehr erörtert worden sein. Die Meinung entbehrt also der thatsächlichen Unterlage.“

*** Eine sonderbare Auffassung vom Weihnachtsfest** vertritt das „Berl. Tagebl.“, indem es erst jetzt, nachträglich, im Feuilleton folgendermaßen anhebt: „Wann feiern wir eigentlich Weihnachten? Vorgehen wir das schönste Fest nicht zu verschiedenen Zeiten, je nachdem wir Große oder noch Kleine, Erwachsene oder noch Kinder sind? Wir Großen sind am Christabend mit Weihnachten fertig, die Kleinen fangen erst recht dann an, sich des Festes zu freuen.“ Nach christlicher Auffassung gehört der sogenannte „Christabend“ überhaupt nicht zum Weihnachtsfest, und dann ist das „Berl. Tagebl.“ überhaupt schon mit dem Feste „fertig“. Diese „Theologie“ ist übrigens auch in socialdemokratischen und liberalen Kreisen gang und gäbe. Das Feuilleton des „Berl. Tagebl.“ ist überdies „König Rastknacker“ — Rüsse zu knacken scheint dieser Klasse von Festfreudigen allerdings wohl ein Hauptzweck des Christfestes zu sein.

*** Mainz, 1. Januar.** In einer hier abgehaltenen Versammlung des Landesauschusses und des Landescomites der heftigen Centrums-partei unterzog der Landtagsabgeordnete Baffenburg die Landtagsvorlage einer scharfen Kritik. Der Redner legte im Einzelnen die reaktionäre Tendenz der Vorlage dar, die beßfalls nicht annehmbarer für das Centrum werde, wenn die Regierung für die Katholiken als Lockpfand auch den Schutz der Religion auf die Angel fiele. Man gebe der katholischen Kirche die volle, unverkürzte Freiheit, dann könne sie sich schon selbst schützen, denn die Wahrheit brauche zu ihrer Vertheidigung nicht den Polizeischutz. Die ganze Vorlage sowie die verurtheilte Aufrechterhaltung der Immunität der Abgeordneten laufe

darauf hinaus, der Regierung weitere Machtmittel in die Hand zu geben zum Schaden nicht bloß der bürgerlichen, sondern auch der religiösen Freiheit; es habe sich ja schon unter den bestehenden Verhältnissen gezeigt, welchen Schutz die katholische Kirche geniesse, wenn das Heiligste, was es in ihr gibt, das Altarsakrament, von Thämmel und Konfession in der höchsten Weise straflos zum Angriffsobjekt ihres Hasses gemacht werden darf. Darum müsse man die stärkste Opposition gegen die Reaktionsgefühle der Regierung machen und gemäß der Devise: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“ unentwegt weiter kämpfen, darin dürfe und selbst eine etwaige Reichstagsauflösung nicht irre machen. — Der nächstjährige, dritte, heftige Katholikentag wird nach einem Beschlusse der Versammlung in Bingen stattfinden.

Oesterreich.

*** Wien, 2. Jan.** Nach einer Blättermeldung aus Aosta ist das Testament des Königs von Neapel eröffnet worden. Erzherzog Rainer übernahm die Stelle des Testamentsvollstreckers. Graf Cajetta ist Universal-Erbe. Das gekannte Vermögen beträgt mehrere Millionen. Die Königin-Wittve hat den Fruchtgenuss von einem großen Theile der Erbschaft. Legate von 880,000 Francs sind zu wohlthätigen Zwecken in Neapel und Palermo ausgelegt.

Frankreich.

*** Toulouse, 1. Jan.** Wie verlautet, hat die radical-socialistische Gemeindevertretung im Vorjahr das Budget für 1894 um 80,000 Frs. in rechtswidriger Weise erhöht. Diese Summe soll verschiedenen radicalen und socialistischen Komitees für Wahlzwecke übergeben worden sein.

*** Paris, 2. Jan.** Der „Gaulois“ meldet die baldige Wiedererrichtung der Patrois-Biga als höchst wahrscheinlich.

Italien.

*** Rom, 1. Jan.** Die Audienz des russischen Abgeordneten Fürsten Lobanow beim Papste hat vorgezogen stattgefunden. Das „V. L. V.“ meldet über dieselbe: „Der Papst empfing am Sonntag den außerordentlichen russischen Gesandten Fürsten Lobanow in feierlicher Audienz, welche eine halbe Stunde dauerte und einen äußerst herzlichen Charakter trug. Fürst Lobanow und der Cardinal-Staatssekretär Rampolla trafen später Besuche aus; Letzterer überbrachte dem Fürsten Lobanow das Großkreuz des Christus-Ordens in Brillanten. Zu Ehren des russischen Abgeordneten fand gestern Abend ein Diner bei dem Cardinal-Staatssekretär statt.“

*** Rom, 1. Jan.** Der König und die Königin empfingen heute im Quirinal die Ritter des Annunziatenordens, die Präsidenten des Parlaments, die Minister und Vertreter des Staats-, Provinzial- und Communal-Verwaltung, sowie der großen wissenschaftlichen und künstlerischen Institutionen. Bei dem Empfange des Senats-Präsidenten betonte der König, daß er bei dem Austausch der Glückwünsche das Bedürfnis finde, hervorzuheben, daß er auf den Senat zähle, der in sich die Elite der Nation umschließe. Unsere Institutionen, fügte der König hinzu, haben in Ihrer Körperlichkeit eine feste und sichere Basis, und ich bin überzeugt, daß wir Dank Ihrer Arbeiten die Schwierigkeiten glücklich zu überwinden wissen werden, welche sich vor uns aufthürmen könnten.

Rheinland-Westfalen.

Neuß, 3. Januar.

*** Bade-Anstalt.** Monatsrapport vom Dec. 1894: Versuchsziffern.

a) Schwimmbad: Erwachsene	944
Kinder	373
Volksbad	364
b) Bannen I. Klasse	26
II. Klasse	258
III. Klasse	188
c) Brausebad	39
d) Herren-Brause	—
e) Waschlage	—

*** Standesamtliches.** In der Bürgermeisterei Neuß wurden im Jahre 1894 geboren 1009 (916) Kinder, davon 64 (43) unehelich. Dagegen starben 668 (540) Personen. Ehen wurden 183 (177) geschlossen. Die Chronik der kathol. Pfarre weist in gleichem Zeitraum, wie Herr Oberpfarrer Junter in der Predigt am Sylvesterabend mittheilt, 894 Tausen, 521 Begräbnisse und 175 Trauungen auf.

*** Die erste Winterkassette** der heutigen Saison bot der geliebte Nachmittags, an dem der in seinen Hosen niederfallende Schnee die liebe Erde in den weißen Farnen warf. Der Landmann wird den Boden als willkommenen Schutz seiner Saaten freudig begrüßen und auch unsere Jugend rief sich nicht wenig vergnügt die Hände und begab sich lustig in die Schneeballenkämpfe, zumal es der letzte Tag der Elementarferien war.

*** Die Schiffsladung** hat unser junges Volk, trotzdem die Kälte, Kälte, Kälte ihre göttlichen Pflichten noch nicht öffnen will, hervorgeholt und zwar benutzt man die von dem frischen Schnee bedeckte Erde zur Ausübung des Sports. Gling's auch nicht brillant, so gling's doch, so gut es eben konnte. Die Jugend ist ja göttlich noch nicht besonders wackerlich.

*** Die Schiffsladung** Vals, welche die Stadt zur Beschäftigung der Arbeitslosen bestellt hat, ist gerade zur rechten Zeit eingetroffen. Westens Morgen legte das Schiff im Ortshafen vor Anker und begann man sogleich mit der Abladung nach der Nacht, wo denn jetzt die Vertheilung gleich beginnen kann. Es trifft sich gerade gut mit dem Schneewetter, welches die anderen Arbeiten unmöglich macht.

*** Die eingekammerten Bienen** bedeuten die Bienen des Vorjahres.

Katholische Jahres-Chronik 1894.

März.

- Der russische Handelsvertrag wird an eine Commission verwiesen. Abgeordneter Wachen bringt im Abgeordnetenhaus die Beschwerden der Katholiken zur Sprache. Schädler und Röhner treten im bayerischen Landtag gegen den Sozialismus auf. Belgien, England und Frankreich vereinbaren Mittheilungen über die anarchistischen Bewegungen. Interpellation über den hannoverschen Spielprozess. Im Abgeordnetenhaus weitere Debatte über Imparität, Beamten, Schulgesetz. Feier des 84. Geburtstages Leo's XIII. in Rom, päpstl. Rede über den guten Einfluss der Kirche. Der englische Minister Gladstone nimmt seine Entlassung, Lord Rosebery wird zum Premierminister ernannt. Die Handelsvertragskommission nimmt den deutsch-russischen Handelsvertrag in seiner Grundform an. Die Streitigkeiten zwischen Spanien und Marocco werden durch einen Vertrag beigelegt. Unruhen der Arbeiter in Mailand. Das Staatsministerium stimmt der Aufhebung der Stofftarife zu. Das gleiche thut der Landesparlament. Zusammen treten die Württembergischen Landtags. Beratung des Gesetzentwurfs betr. Aufhebung des Identitätsnachweises. Beginn der Untersuchungen der französischen Flottenkommission. Interpellation Hoensbroech betr. die Angelegenheit der Bonner kath. Studentenorganisationen. Bombenexplosion vor dem Parlamentsgebäude in Rom, (2 tödtlich 8 schwer verwundet). Das Landwirthschaftsministerium wird von der Commission in 2. Lesung angenommen. Cardinal Erzbischof Thomas von Rouen †. Annahme des russischen Handelsvertrags im Reichstag mit 200 gegen 146 Stimmen, (2. Lesung). Cardinal Ricci Baracclanti in Rom †. Abreise der Kaiserin nach Abbazia. Schuldebatte im preuß. Landtage. Das Ordensgesetz wird in der Fassung Rübts in der Commission der badischen Kammer angenommen. Andrea Fürst Colonna, 1. Fürst des apostolischen Stuhles †. Eröffnung des englischen Parlamentes durch Lord Rosebery. Annahme des russischen Handelsprovisoriums im ungarischen Abgeordnetenhaus. Den Universitäten der russ. Dniepropowin wird die Führung deutscher Namen unterlag. In Prag Prozess wegen die Omlabinbinder, welche den Kron aus polit. Gründen erschossen.

- Kampf zwischen der brasilianischen Regierung und den Anhängern in der Bai von Rio. Debatte im Reichstag über Bewilligung von 4 Millionen für das Kaiser-Wilhelm-Denkmal. Annahme der Aufhebung des Identitätsnachweises in 3. Lesung. Neues Militärstrafgesetzbuch in Italien vom Senat angenommen. Der brasilianische Infanteriegeneral da Gama ergibt sich. Dynamitexplosion in der Raddeleinschleife in Paris, (Attentat getödtet). Aufhebung einer großen nihilistischen Verschwörung in Warschau, (5 Tödtet). Die 3. Lesung des russischen Handelsvertrags endigt mit dessen Annahme. Der Kaiser bricht Capri bei einem Besuche seinen Dank für das Eintreten für den Handelsvertrag aus. Verhaftung des gefährlichen Anarchisten Ortiz in Paris. Auflösung der holl. Kammer und Entlassung Tienhovens, Minister des Reichers. Verleihung des schwarzen Adlerordens an Kriegsminister Wronars v. Schellendorf. Demission des Ministeriums Bernaert. Belgien wegen Ablehnung der Proportionalvertretung durch die Kammerkessionen. Ludw. Kossuth, ungarischer Revolutionär †. Inkrafttreten des russ. deutschen Handelsvertrages. Abreise des Kaisers nach Abbazia. Ankunft des deutschen Kaisers in Fiume. Explosion des Dynamitrestes vom Schiffe „Machaca“ in Santander, (10 Tödtet 27 Verletzte). Stanbale in Ungarn aus Anlaß von Kossuth's Tod. Encyclica des hl. Vaters an die Bischöfe Polens. Ausbruch von Judenverfolgungen aus der asiatischen russischen Gouvernements. Der 4. österreichische Sozialistenkongress wird in Wien eröffnet. Der französische Freimaurer-Verband erklärt auf einer Versammlung zu Paris den formellen Anschluß an die Socialdemokratie. Meldungen von einer Krankheit des Baren von Rußland. Zusammen tritt des eidgenössischen Ständetages; Beschluß des Bundes eines Bundes-Palastes. Auflösung des Arbeitervereins Omlabin in Neuchâberg durch die bismarckischen Stadthalter. Detret des Königs der Belgier melden die Entlassung der Minister Bernaert und Verne. Besuch des Kaisers Franz Joseph von Oesterreich beim deutschen Kaiserpaar in Abbazia. Verzicht auf Rom eröffnet. Infolge einer Einigung mit Landsting genehmigt das bairische Parlament zum ersten Male nach 9 Jahren wieder einmal das Budget. Schredliche Sithe in Spanien.

100

[illegible]

...sien zusammenkam, konnte Se. Majestät, so
 aus der hilflosen Dole empfand, ein heimliches
 in nicht unterdrücken, als er aber am Abend
 in beliebiger Jagdfreude beim Wäld los, ent-
 er sich auf einen Augenblick und kam mit einem
 bemerkte, auf dem Schmal die Raststätte
 voran war, zurück. Rechtsanwalts Gagemann
 den Wegland, öffnete das Güt und war
 wenig erfreut, darin eine getreue Jagdfröhen
 goldenen Dö zu finden. Nur von das neue
 mit dem Buchstaben W und der Raststätte,
 mit Smaragden geziert. Der Monarch hatte
 die herzliche Freude an der Ueberraschung des Jagd-
 und hat diesen, er möge doch nun die alte

... fah, jo ekräftete fih, zu dem Zweite bis zu
 ... tage von 100,000 Francs d'arrêté, um feine
 ... treichen Schlichter einlegenmaßen, zu beruhigen
 ... nicht einmalig! bemerkte dagegen, daß Alfred
 ... eigenen Mitteln, niemals im Stande gemein
 ... eigenen Mitteln, auch nur für die beiden erften
 ... die Präzisen zu befohlen und daß auch hier
 ... darum die Berichtigung allein auf Streiten
 ... Folgen der Angelangen eingegangen worden
 ... wärien fol es fei, daß Alfred, von Paris
 ... antworten kam und hier plößlich verließ, feine
 ... freilichponds mitgebracht hatte und daß die Corres
 ... daß, unter der fih verfindende fih Frau
 ... fih compromittende Miele befand, von der letzteren

Rüböl per 100 Kilo	fastweiße (ohne Faß)	47
Bereinigtes Del per 100 Kilo	3 <i>M.</i> höher als Rüböl	48
Breßluchen per 1000 Kilo		86
Seizen-Vorfuß 00 a 100 Kilo		—
Leie a 50 Kilo		4

